

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal, am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, in Leipzig: Eugen Gort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Götting: Neumann-Hartermann's Buchhlg.

Danziger



Zeitung.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Den Domänen-Rath, Ober-Amtmann Hayner zu Strohwalde und Ober-Amtmann Meyer zu Bettin, den Charakter als Amts-Rath; so wie dem Geheimen Kanzlei-Inspector im Justiz-Ministerium, Dr. J. Glashöfner, den Titel „Kanzlei-Rath“ zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Herrmann in Freiburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Glatz versetzt, und der bisherige Kreisrichter Dr. Gaupp zu Beuthen O./S. zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgericht zu Oslau und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt worden.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angenommen 1 Uhr Nachmittags.

Berlin, 8. Febr. Gestern Abend fand eine Konferenz der Bundesbevollmächtigten statt. Heute Vormittag ist die Schlussverhandlung, sodann Abschieds-Diner unter Theilnahme sämtlicher Minister. Mehrere Bevollmächtigte werden heute Abend noch abreisen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 7. Febr. Nach der Wiener Correspondenz des „Dresd. Journ.“ ist für das ungarische Ministerium des Innern v. Somisch, für das cisleithanische Frhr. v. Kellersperg designirt. Für das Reichsministerium wurde Frhr. v. Deust als Präsidium, v. Hof als Portefeuille, der Finanzen erhalten, während v. Bele die Leitung der cisleithanischen Finanzen behält. Justizminister Komerscheidet aus. Weber mit Auerperg noch mit Kaiserfeld haben Verhandlungen wegen Eintrittes in das Cabinet stattgefunden.

München, 7. Febr. Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron v. Prantl sind von der Ministerkonferenz aus Stuttgart gestern hier wieder eingetroffen.

München, 7. Febr. Die „Bayerische Stg.“ meldet amtlich, dem Friedensvertrage v. 22. Aug. v. J. gemäß, die Aufhebung aller und jeder Abgabenerhebung für die Rheinschiffahrt von Seiten Bayerns vom 1. Jan. 1867 ab, nachdem von den übrigen deutschen Staaten des Rheins gleichzeitig dieselbe Maßregel getroffen worden.

Wien, 7. Febr. Die „Wien. Stg.“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile das kaiserl. Handschreiben, durch welches dem Staatsminister Grafen v. Belcredi unter Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens die nachgesuchte Entlassung bewilligt und Frhr. v. Deust unter gleichzeitiger Uebertragung der einkaufswilligen Leitung des Staats- und Polizeiministeriums zum Ministerpräsidenten ernannt wird. — Die Eröffnung des Landtages ist durch kaiserliches Patent bis zum 18. Februar vertagt worden.

Paris, 6. Febr. Der Orientalist Munk ist gestorben.

Bukarest, 7. Febr. Der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des Tabakmonopols, ist auch vom Senat genehmigt worden. Zur vollen Beseitigung des Monopols bedarf es jetzt noch der Sanction des Fürsten.

Triest, 7. Febr. Levante-Post. Athen, 2. Februar. Die Nationalversammlung hat den Antrag der Regierung auf Vermehrung der Streitkräfte zu Lande und zu Wasser angenommen. Der Kriegsminister erklärte in der betreffenden Sitzung, Griechenland rüfte, weil große Ereignisse bevorstehen und die Regierung den Frieden aufrecht zu erhalten wünsche. Der Abgeordnete Balasoritis bezeichnete die Erweiterung der Grenzen Griechenlands und die Bildung einer großen hellenischen Nationalität als das einzige Rettungsmittel des Staates.

Wien, 7. Febr. Abendbörse. Nur in Credit-Actien größere Bewegung. Credit-Actien 176.70, Nordbahn 165.00, 1860er Loose 87.30, 1864er Loose 83.25, Staatsbahn 207.00, Externowitzer 184.50.

London, 7. Febr. Consols eröffneten 90½ à 90½, Amerikaner 72½ à 72½.

Paris, 7. Febr. Bankausweis. Vermehrt: Baarvor-rath um 21½, Rechnungen der Privaten um 26½ Millionen Francs. Vermindert: Portefeuille um 76, Notenumlauf um 76½, Guthaben des Schatzes um 17½ Millionen Francs. Die Vorküsse auf Werthpapiere sind unverändert geblieben.

Landtagsverhandlungen.

67. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 7. Februar.

Das Haus tritt in die zweite Verathung über das Genossenschaftsgesetz. Das Herrenhaus hat dasselbe bekanntlich mit einigen Aenderungen angenommen.

H. f. Abg. Lasker: Die Aenderungen, welche vom Herrenhaus beliebt worden sind, beziehen sich auf die §§ 30, 37 und 54. In § 30 ist ein dritter Satz eingefügt worden, nach welchem auch ein Bruchtheil und zwar der zehnte Theil der Genossenschaft das Recht haben soll, eine Generalversammlung zu berufen. Die Commission hat dagegen kein so weniger Etwas einzuwenden gehabt, als in der Mehrzahl der Genossenschaftstatute bereits eine derartige Bestimmung enthalten ist. Die erste in § 37 eingeschobene Stelle steht die Commission als lediglich redactionelle Aenderung an. Der zweite Zusatz giebt der Genossenschaft die Möglichkeit ein Mitglied auszuschließen, welches die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat, was bekanntlich nur in Folge von Verbrechen geschieht. Aber auch da ist es möglich, daß die strafbare Handlung so beschaffen ist, daß sie den Betreffenden in den Augen der Bürger nicht herabsetzt. Die ganze Bestimmung scheint aufgenommen zu sein in der Erinnerung an die Innungen, die einen öffentlichen Charakter hatten. Trotzdem aber empfiehlt die Commission im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auch diesen Zusatz zur Annahme, namentlich da es ja immer noch in das Belieben der Genossenschaft gestellt ist, ein solches Mitglied auszuschließen oder nicht. Nach § 54 endlich soll die Controle des Handelsrichters auch auf die durch den Zusatz zu § 30 aufgenommenen Fälle ausgedehnt werden; und außerdem ist zu § 32 ausdrücklich bemerkt „Abg. 2“; es soll also die Controle des Handelsrichters über die Verpflichtung des Vorstandes, ein Controlbuch zu führen, ausdrücklich hervorgehoben werden.

In meinem eigenen Namen habe ich nun noch auf einen Nebenumsstand aufmerksam zu machen. Es ist durch den Commissionsbericht des Herrenhauses zu unserer Kenntniß gelangt, daß dort der Vorschlag gemacht worden ist, eine Centralbank zu errichten, welche die Geschäfte der Genossenschaften vermittelt. Es ist dagegen vielfach Widerspruch erhoben worden und namentlich durch den Herrn Finanzminister und Handelsminister, welche sich überhaupt lebhaft für das Zustandekommen des Gesetzes interessiren. Ich muß nur, da dies weder in der Commission noch im Plenum des Herrenhauses geschehen ist, darauf aufmerksam machen, daß das Herrenhaus nach Art. 61 der Verfassung nicht befugt ist, zu einem Finanzgesetz die Initiative zu ergreifen, gleichviel, ob in einem vollständigen Gesetzentwurf, oder nur innerhalb einer Vorlage. Am 14. Juni 1865 hat dieses Haus in einem solchen Falle schon einmal eine solche Vorlage zurückgewiesen, und das hätte diesmal dann wieder geschehen müssen. — Ich habe nun noch den Auftrag der Commission, den einflussreich von ihr angenommenen Gesetzentwurf auch Ihrer Zustimmung zu empfehlen. Die Session würde in ihrem letzten Act einen überaus schönen Abschluß finden durch die Annahme eines Gesetzes, gegen welches man von der Regierung und dem andern Hause lebhaften Widerstand erwarten mußte. Trotz des Widerstandes des Herrenhauses ist es dann zum großen Vortheil des Landes zu Stande gekommen; und wir werden einen Beweis dafür haben, daß noch immer nach gründlichen und überzeugenden Diskussionen ein Vereinigungspunkt für alle Parteien zu finden ist, wenn das Interesse des Landes es dringend erfordert. (Bravo.)

Abg. Schulze (Delitzsch): Ich möchte mir nur kurz erlauben, der Regierung, so weit es möglich ist, eine kleine Anregung zu geben. Sie wird es bei der allgemeinen Verbreitung der Genossenschaften in ganz Deutschland und namentlich in den neu erworbenen Landestheilen selbst erweisen können, welches große Interesse das vorliegende Gesetz nach allen Seiten erregt; aus allen jenen Ländern gehen Aufforderungen an die Anwaltschaft, welche ich vertreten habe, darauf zu wirken, daß dieses Gesetz möglichst schnell auch in jenen Landestheilen eingeführt werde. Ich habe natürlich keine Competenz in dieser Richtung Anträge zu stellen, ich erlaube mir nur, die Sache anzuregen. Sie wissen, daß das Gesetz aus einer Combination mehrerer Titel des deutschen Handelsgesetzbuchs entstanden ist. Dieses aber ist in den neu erworbenen Landestheilen gültig, und es wäre daher wohl leicht und sehr im Interesse jener Länder, ihnen die Wohlthaten dieses Gesetzes so bald als möglich zutommen zu lassen. Ich würde sehr dankbar sein, wenn die Regierung darüber eine Erklärung abgeben wollte.

Eine derartige Erklärung Seitens des Reg.-Commissars erfolgt nicht, augenscheinlich wegen Mangels an Instruction über diese Frage. — Es wird darauf das Gesetz angenommen gegen die Stimmen der Abg. v. Brandenburg und Gerlach (Gardelegen). — Abg. Schulze (Delitzsch), der sichlich erfreut ist, wird von allen Seiten lebhaft beglückwünscht.

Im Namen der 2. Abtheilung berichtet Abg. v. Wallagorski über 2 Proteste, welche nachträglich aus dem VI. Gumbinner Wahlbezirk eingegangen sind, d. d. 28. und 29. Januar c. Darnach soll, wie versichert wird, der Landrath v. Brandt mehreren Wählern, im Falle sie schlecht wählten, mit Concessionsentziehung gedroht und ein Forstmeister seine Oberförster und diese wieder ihre Förster gezwungen haben, nach der Wahl dienstlich anzuzeigen, wenn sie ihre Stimme gegen. Ein 70jähriger hinfälliger Mann und ein kranker Förster, die dies verabsäumt, sollen einen strengen Verweis erhalten haben. Die Abtheilung beantragt, die Regierung aufzufordern, die in dem Protest d. d. 28. Januar c. behaupteten Thatsachen durch gerichtliche Vernehmung der Zeugen aufklären zu lassen und den betr. Forstmeister zu Gumbinnen zu einer Erklärung über den zweiten Protest zu veranlassen resp. die Zeugen eidlich vernehmen zu lassen. — Diese Anträge werden ohne Discussion angenommen. (Dafür auch die Abg. Gerlach, Hesse, Scharnweber.)

Der Rabbiner und Religionslehrer bei der Synagogen-Gemeinde zu Lauenburg (Pommern) Dr. Julius Joel beschwert sich darüber, daß er von dem Magistrate in Lauenburg zur Entrichtung von Einzugsgehd, Bürgerrechtsgeld und Communalfsteuer aufgefordert sei. Er glaubt als geprüfter Lehrer und Geistlicher nach § 4 Abs. 12 der Städte-Ordnung vom 31. Mai 1853 dazu nicht verpflichtet zu sein, ist jedoch auf seine desfallsigen Beschwerden von den höheren Instanzen abschlägig beschieden worden. Petent bittet, daß das Haus erklären möge: 1) Alle Cultusbeamten des preussischen Staates, die nur auf Grund eines allgemeinen Lehrer-Examens ihrem Amte vorstehen dürfen, sind laut Gesetz von Communal-Abgaben auszuscheiden; 2) Rabbiner sind ihrem Amte und Verufe nach „Geistliche“ und deshalb findet auf sie der § 4, Abs. 12 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 Anwendung. — Die Commission hat die Petition nach beiden Seiten hin den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gegenüber für ungerechtfertigt erachtet und beantragt daher über diese zur L.-D. überzugehen. — Das Haus tritt diesem Antrage ohne Debatte bei.

Der Magistrat der Stadt Iserlohn hatte die in dieser Stadt errichtete Agentur der preussischen Bank im J. 1865 mit 816 % und 1866 mit 900 % Einkommen veranlagt. Da die Zahlung nicht geleistet wurde, Exelution aber nicht vollstreckt werden konnte, so wandte sich der Magistrat unterw. 2. November v. J. an den Handelsminister, erhielt aber von diesem den Bescheid, daß „nach einem Beschlusse des Königl. Staatsministeriums die Anstalten der preuss. Hauptbank zu der Communal-Einkommensteuer nicht heranzuziehen seien.“ Der Magistrat von Iserlohn bittet nun das Haus, die geeigneten Schritte zu thun, um der Stadt zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Commission beantragt sowohl aus sachlichen Gründen, als weil der Instanzenzug nicht erschöpft sei, über diese Petition zur L.-D. überzugehen. Ohne Discussion wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Verathung über eine Petition der Lehrer der Provinz Preußen (Kempe und Genossen in Culm) mit 293 Unterschriften, in der verlangt wird: a) der Erlaß eines Dotationsgesetzes; b) eines Pensiongesetzes für die Lehrer; c) eines Gesetzes, welches die Höhe der Pensionen für Lehrer-Wittwen und -Waisen feststellt. — Als Motive sind angeführt, das von der Regierung verheißene Unterrichtsgesetz. Das Abgeordnetenhaus habe sich seit Jahren wiederholt für die Dringlichkeit desselben ausgesprochen; der Werth einer allgemeinen Volksbildung habe in dem siegreichen jüngsten Kriege sich eine glänzende Anerkennung erworben; demohngeachtet werde den Volksschullehrern nicht geholfen und sie kämpften, der Mehrzahl nach, mit Mangel und Noth. Die Commission stellt den Antrag: „das Haus der Abg. wolle diese Petition der L. Staatsregierung zur Berücksichtigung bei dem Entwurfe des zu erwartenden Dotations-Gesetzes überweisen.“ An diese Petition schließen sich noch mehrere desselben Inhalts an: von den Hrn. Lehrern Mann in Heiligenbeil, Wille in Alt-Ruppin, Decker zu Stuben bei Elbing etc. Die Commission stellt in Betreff derselben ähnliche Anträge in verschiedener Fassung.

H. f. Abg. Wanstrop: Ueber das Bedürfnis der Verbesserungen der äußeren Verhältnisse der Lehrer herrscht auf allen Seiten des Hauses die vollständigste Uebereinstimmung. Auch die L. Staatsregierung ist derselben Ansicht. Der Hr. Reg.-Commissarius hat auch mitgetheilt, daß der Entwurf eines solchen Gesetzes schon mehrere Monate dem Ministerium zur Verathung vorliegt; wir dürfen daher wohl hoffen, im Laufe der nächsten Session eine solche Vorlage zu erhalten. Zunächst nun ist für dies Jahr zu dem genannten Zwecke eine nicht unerhebliche Summe ausgemorfen worden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Regierung schon seit Jahren bestrebt gewesen ist, der Lage der Lehrer aufzuhelfen. Im J. 1853 belief sich der Gesamt-Ertrag des Lehrer-Einkommens auf 6½ Mill. %; seitdem ist dieser Gesamt-Ertrag um mehr als eine Million gestiegen. In den 3 Jahren von 1859 bis 1863 betrug die Gesamtsumme der Verbesserungen über 345,000 %, wovon ca. 320,000 % auf die Gemeinden und 25,000 % auf den Staat fallen. Der Staat ist also mit 1 Dreizehntel der Gesamtsumme bei den Verbesserungen der Lehrergehälter in Anspruch genommen. — Redner fährt sodann aus, daß die Gemeinden vielfach hinter den Ansprüchen, die man in dieser Beziehung an sie stellen müsse, zurückblieben, und empfiehlt bei allen die Annahme der Commissions-Anträge.

Abg. Richter (Berlin) beantragt, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen und sie zu ersuchen, baldmöglichst ein Gesetz über die Dotation der Lehrer, ihre Pensionirung u. s. w. vorzulegen. Redner ist nicht gegen die Anträge der Commission der Sache nach, sondern wegen ihrer Form. Zur Sache selber bemerkt er, den Behauptungen des Referenten gegenüber, daß es nicht immer die Gemeinden seien, welche Verbesserungen in den Lehrergehältern verhindern, und führt zum Beweise dessen eine Verfügung der Kgl. Regierung zu Potsdam an, durch welche den Gemeinden untersagt wurde, den Lehrern die vorhandenen Schulgelder unverkürzt zutommen zu lassen; er wolle auf die Rechtsfrage hier nicht näher eingehen und fordere daher nur den Vertreter des Cultusministeriums auf, durch eine einfache Verfügung die L. Regierung zu Potsdam zu veranlassen, jene Bestimmung zurückzunehmen.

Reg.-Commissar Geh. Ober-Reg.-Rath Stiehl: Ich muß mich in Bezug auf diesen speziellen Fall, den der Vordredner mir ganz unerwartet angeführt hat, außer Stande erklären, denselben ausdrücklich beantworten zu können. Ich muß ihm daher in dieser Beziehung anheimstellen, den ordnungsmäßigen Weg einzuschlagen.

Abg. Harkort erklärt, daß in der Provinz Preußen amtlich constatirt sei, daß eine Abneigung, sich dem Schul-fache zu widmen, einzureißen anfange. Dasselbe könne man auch von Schlesien und Pommern sagen. Das sei eine Folge des niedrigen Gehaltes der Lehrer, der Ueberbürdung ihrer Amtsgeschäfte, der Ueberfüllung der Schulklassen, des dadurch herbeigeführten ungesunden Aufenthalt. Zu seinem tiefen Bedauern müsse er aussprechen, daß die Leistungen unserer Volksschulen abzunehmen anfingen, daß unser ganzes Schulwesen kranke. Vor Allem wäre das Dotations-gesetz nöthig.

Reg.-Comm. Stiehl: Die stets hervortretende Theilnahme des Hrn. Abg. Harkort für die Schule hat ihn auch heute aufmerksam machen lassen auf gewisse Mängel und Uebelstände, die sich in der That nicht ablegnen lassen. Es ist Thatsache, daß ein großer Theil unserer Elementarlehrer den an sie gestellten Ansprüchen nicht genügen, daß ebenso der Anhang zu dem Elementar-Lehrerberuf nachgelassen hat. Doch hat das noch andere Ursachen als allein das geringe Gehalt; zum Theil sind es Fragen, die vom sozialen Gebiete herrühren. Indessen ist nicht zu leugnen, daß es einer größeren Sicherstellung der Elementarlehrer bedarf, um größere Neigung für diesen Beruf zu erwecken. An redlichen Bemühungen, ein Unterrichtsgesetz zu Stande zu bringen, hat es der Hr. Minister nicht fehlen lassen. Doch haben die Ereignisse des vorigen Jahres es nicht möglich gemacht, die Vorbereitungen zu einem solchen Gesetz so weit abzuschließen, um dem Landtage eine bezügliche Vorlage machen zu können. Doch ist es nach wie vor das ernste Streben des Hrn. Cultus-Ministers, den vorhandenen Mängeln namentlich auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu begegnen. So sind die Besoldungsverhältnisse in allen Provinzen gestiegen. Redner weist dies durch statistische Zahlen nach und fährt fort: Wenn aber der Hr. Abg. Harkort behauptet hat, daß die Volks-

schule dem Aufschwunge des Vaterlandes nicht nachkommen könne, so scheint mir das mehr ein Ausdruck seines sympathischen Gefühls für die Schule im Allgemeinen zu sein, als der klaren Erkenntnis und des wirklichen Verständnisses. Ich nehme für die gegenwärtige Schule des preuß. Staates die Ehre in Anspruch, daß sie gethan hat, was sie konnte, und daß sie das Nöthige gethan hat.

Abg. Dr. Tschow kann dem Wunsche des Abg. Harfort sich nicht anschließen, daß vor Allem jetzt ein Dotationsgesetz erlassen werden müsse. Das Abgeordnetenhaus müsse nach wie vor an der Forderung des Unterrichtsgesetzes festhalten und der Regierung nicht Spielraum zu neuen Reglements lassen, wie sie das gethan 1854 in Bezug auf die Volksschulen, 1856 in Bezug auf die Gymnasien, 1859 in Bezug auf die Realschulen und in jüngster Zeit hinsichtlich der Anforderungen zum einjährigen Freiwilligen-Dienst. Das ganze Unterrichtswesen solle nach der Verfassung durch ein Gesetz geregelt werden. Werde nun noch ein besonderes Dotationsgesetz erlassen, so bleibe für ersteres nichts mehr übrig, und die Regierung könne dann nach wie vor statt nach dem Gesetz, nach ihrem eigenen Belieben sich richten.

Abg. Richter bemerkt dem Reg.-Commissarius gegenüber, daß der Präsident allein darüber zu entscheiden habe, was „ordnungsmäßig“ sei und was nicht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Richter gegen die Stimmen vieler Conservativen angenommen. (Schluß folgt.)

27. Sitzung des Herrenhauses am 7. Februar.

Die Hrn. Graf Solms-Sonnenwalde und v. Knochow-Plessen sind bei der gestrigen Wahl zu Schriftführern gewählt worden. — Erster Gegenstand der T.-D. ist der Bericht der Finanz-Comm. über die Eisenbahnleihe. — Die Comm. beantragte, den § 6 des betr. Ges. in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung zu genehmigen. — Berichterstatter Dr. Elwanger empfiehlt die Annahme des § 6 in seiner jetzigen Fassung, um das Zustandekommen eines so wichtigen Gesetzes zu ermöglichen. — Hr. v. Kleist-Regow erkennt an, daß die jetzige Fassung des § 6 es dem Hause leichter mache, darauf einzugehen, indem ausdrücklich das Prinzip anerkannt sei, daß andere Bahnen verkauft werden können. — Handelsminister Graf Tegenpflug empfiehlt gleichfalls die Annahme des Gesetzes: Die Staatsregierung hat sich schon immer nicht für befugt erachtet, Bahnen ohne Zustimmung der Landesvertretung zu verkaufen, über deren Renten zu speziellen Zwecken für Schulden dieser Bahnen verfügt war, und hat auch hiernach gehandelt. Ferner hat sich das Haus schon selber mit der Regierung damit einverstanden erklärt, daß es bei neuen Bahnen zulässig ist, solche Bedingungen zu stellen, und hat eine solche Bedingung selbst genehmigt. Die Beschränkung der Staatsregierung in dem Amendement bezieht sich auch nur auf die Veräußerung der Bahnen, nicht aber auf die Verpachtung. Hierauf wird das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form mit großer Majorität angenommen; dagegen u. A. Graf Brühl, v. Kleist-Regow v. Kröcher.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Handels-Commission über das Gesetz, betr. den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten. — Die Commission beantragt: „dem Gesetzentwurf, betreffend den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten zwar nicht zuzustimmen, wohl aber die Erwartung auszusprechen, daß die K. Staatsregierung möglichst bald selbst einen Gesetzentwurf vorlege, welcher die Befugnisse der Beamten und Agenten der Versicherungs-Gesellschaften, auch außerhalb ihres Wohnortes Versicherungen ausführen zu dürfen, regelt.“ — Graf Brühl bittet, das Gesetz einfach zu verwerfen; da die Folge eines solchen Gesetzes Uebersicherungen und Brandstiftungen sein würden. Auch der Ausdruck „Erwartung“ im Antrage passe ihm nicht recht; bis jetzt habe das Haus immer nur den „Wunsch“ oder die „Hoffnung“ ausgesprochen, das Wort „Erwartung“ schmecke zu sehr nach dem andern Hause. — Hr. v. Senden ist gegen den Antrag, da das Haus eine zu große Belästigung mit sich bringe, und das Haus der Versicherungs-Agenten eine große Gefahr mit sich bringe. Wenn man für die Resolution stimme, könne man auch das Gesetz des Abgeordnetenhauses annehmen. — Handels-Minister Graf Tegenpflug erklärt sich mit den beiden letzten Rednern einverstanden. Er bittet um Verwerfung des Gesetzes. Die Resolution selbst habe keinen weiteren Zweck. Die Gewerbebegehrung müsse so wie so nächstens mit Rücksicht auf die neu erworbenen Landestheile revidirt werden; dabei werde auch das Haus-Reglement gründlich erwogen werden. Mit Bezug auf die Feuerversicherungen halte er das Haus für unbedingt schädlich. — Hr. Hasselbach: Die Frage müsse endlich einmal geregelt werden. Wenn der Hr. Minister gegen die Ausbreitung der Feuerversicherungen wäre, so möge er lieber gar keine Feuerversicherungen mehr concessioiniren; das wäre wenigstens consequent. Wenn man das Haus untersehe, schneide man alle Concessioin gegen die sehr gut situirten Gesellschaften ab und das Publikum müsse dann höhere Prämien zahlen. Durch Annahme der Resolution werde die Regierung aufgefordert, die Sache nochmals ernstlich zu erwägen; dies wünsche er gerade mit Rücksicht auf die Hagel-Versicherungen. — Der Gesetzentwurf wird abgelehnt, ebenso die von der Commission vorgeschlagene Resolution.

+ Berlin, 7. Febr. Die Stadtverordneten berieten in ihrer heutigen Sitzung den Antrag: den Parlamentsmitgliedern für Berlin während der Sessionsdauer Diäten zu zahlen. Die Herren v. Hennig und Seidel bekämpften, die Herren Birchow, Streckfuß und Schulz befürworteten den Antrag. Auf die Bemerkung Brehlers, die Stadtverordneten könnten über den Antrag nicht beschließen, ohne die Ansicht des Magistrats zu kennen, beschloß die Versammlung, den Antrag dem Magistrat zugehen zu lassen, mit dem Ersuchen, sich darüber zu äußern.

* Berlin, 7. Febr. Morgen werden die hiesigen Zeitungen folgenden Aufruf zur Bildung eines Diätenfonds enthalten:

„Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, den Abgeordneten zum Norddeutschen Reichstage Reisegelder und Diäten zu gewähren, bleibt, für den Augenblick wenigstens, ohne Erfolg. Die Regierung hat sich dagegen erklärt und das Herrenhaus hat ihn verworfen. Der Bericht der Commission des Herrenhauses, wie die Debatten im Herrenhause selbst, haben den Beweis geliefert, daß durch die Verlegung der Diäten zu Gunsten der Reichen ein Census der Wählbarkeit bewirkt werden soll, welcher die weniger Begüterten von der Möglichkeit, eine Wahl anzunehmen, tatsächlich ausschließt. Wir erhalten nun zwar täglich Beweise von patriotischer Hingebung und Anpöpfung aus allen Kreisen der liberalen Partei, namentlich auch Erklärungen der Bereitwilligkeit zur Uebnahme

eines Mandats von Männern, für welche die Annahme eines solchen mit den schwersten Opfern verbunden ist. Schon jetzt können wir deshalb mit aller Sicherheit sagen: Auch unter solcher Beschränkung, wie die Verweigerung der Diäten sie mit sich führt, wird es unsern Volke nicht an aufgeliärten, freisinnigen, talentvollen und zuverlässigen Männern fehlen, denen es die Vertretung seiner Angelegenheiten übertragen kann und die das Mandat um der Liebe zum Vaterlande willen trotz aller Opfer annehmen werden. Wenn aber auch nur ein Mann von Talent, Kenntnissen und voll treuer Hingebung für die Rechte des Volkes durch diese Maßregel verhindert werden sollte, dem Rufe des Vertrauens seiner Mitbürger zu folgen, so wäre das ein Unglück für unsere gute Sache und eine Schande für unser Volk. Wir fordern deshalb unsere Gesinnungsgenossen auf, durch freiwillige Sammlungen einen Diätenfonds zu bilden. Wir erklären uns bereit, den Fonds zu verwalten, und den freisinnigen Abgeordneten aus demselben die Entschädigung zu zahlen, welche dem Abgeordneten zum preussischen Abgeordnetenhaus gesetzlich gewährt wird. Wir wenden uns mit dieser Bitte an Alle — an die Reichen und Wohlhabenden, damit sie den Beweis geben, daß sie die Bevorzugung zurückweisen, die ihnen durch diesen Census gewährt werden soll, und an die weniger Wohlhabenden, damit sie zeigen, daß sie das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu schätzen wissen, und zur vollen Wahrheit machen wollen. Einwendungen bitten wir an den Hrn. Stadtrath Runge, Michaelisstr. 12, zu richten. Berlin, 31. Januar 1867. Das Central-Wahlcomité für die Wahlen zum Norddeutschen Reichstage. W. Löwe, Vorsitzender. L. Parisius, Schriftführer. Runge, stellvert. Schriftführer.“

Rußland und Polen. * Warschau, 6. Febr. Eine Instruction für die Gendarmen-Offiziere des neuerschaffenen Warschauer Gendarmerie-Kreises, v. h. des Königs-Polen, die im amtlichen „Dienn. Warsz.“ von heute enthalten ist, zeigt so recht, wie das jetzige Regierungssystem Polen zu einem Polizeistaat par excellence macht. So heißt es im § 2 dieser Instruction: „Die Offiziere des Warschauer Gendarmerie-Kreises haben zu überwachen, daß keine Unordnung, kein Mißbrauch und keine ungesetzliche Thaten zugelassen werden, ohne Ausnahme in allen Zweigen der Administration und in allen Ständen, mit Ausschluß jedoch derjenigen Angelegenheiten, die dem Erkenntnis der Gerichte übergeben sind.“ Diese abschneidende Schenung vor dem Gerichte ist durch einen anderen Paragraphen (15) wieder verlegt, in welchem es heißt: „Aus eigenem Antriebe können sie gerichtlichen Untersuchungen assistiren, welche sie als wichtig erachten für das Interesse der Regierung oder für das des Publikums. Ohne jedoch unmittelbaren Antheil an der Untersuchung zu nehmen, helfen sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Wahrheit zu ergründen.“ Ferner im § 17: „Auf Befehl des Statthalters oder des Chefs der Gendarmerie (in Petersburg) können die Gendarmerie-Offiziere auch auf eigene Faust eine Untersuchung vornehmen.“ Der Allgewalt der Gendarmerie den Bürgern gegenüber setzt die Instruction gar keine Grenzen. Endlich ist auch das gegenseitige Spionir-System der Gendarmerie-Offiziere unter sich und gegen die höchsten Spitzen der Behörden nicht vergessen. Mit solchen gegenseitigen Klagen und gegen die oberen Behörden haben die Offiziere entweder in eigenhändigen Briefen an den Chef der Gendarmerie in Petersburg, oder an die Kanzlei des Kaisers sich zu wenden. — Von Amtswegen ist ein Kalender in russischer Sprache erschienen, der „Cholmer Kalender“ (der Name der Stadt Cholm ist, wie bereits gemeldet, jetzt in Cholm umgetauft) benannt ist. Wegen der in der Gegend von Cholm wohnenden ruthenischen Landbevölkerung ist auch hierin jenes Land ohne Weiteres als ein rein russisches angenommen. — Meine jüngste Mittheilung von der Demission des Generals Pawlitzew hat sich später als auf einer Verwechslung beruhend herausgestellt; der Sohn des Generals ist entlassen worden, und in der That wegen des heftigen Artikels gegen die katholische Geistlichkeit, der zuerst in der hiesigen russischen Zeitung abgedruckt war, deren Redacteur eben der junge Pawlitzew war.

Danzig, 8. Februar.

* Die gestern hier erwartete Londoner Depesche über den dortigen Getreidemarkt ist erst heute Vormittag hier eingetroffen. Auf eine Anfrage ist gestern die Antwort ertheilt worden, daß jenseits Minden in Folge großen Sturmes die Telegraphenleitungen vollständig gestört wurden. Es war daher weder mit England noch mit Belgien eine Verständigung möglich.

* In der gestrigen Versammlung der Conservativen (Preuss. Volksverein) wurde von sämtlichen Rednern Herr Justizrath Martens als Candidat für das Parlament empfohlen.

* Die gestrige Versammlung des Wahl-Comités und der Vertrauensmänner für die Wahl des Abg. Twetten im großen Schützenhausale war sehr zahlreich besucht. Es wurden hauptsächlich Organisations-Fragen besprochen.

* Von Hrn. G. A. Rehan werden wir um die Veröffentlichung folgender Erklärung ersucht:

„In dem in der „Danziger Zeitung“ und im „Intelligenzblatt“ veröffentlichten Aufruf zu einer Bezirks-Versammlung derjenigen Wähler, welche Hrn. Dr. Langerhans ihre Stimme geben wollen, steht unter Anderen auch mein Name.“

„Ich erkläre hiermit, daß ich den betreffenden Aufruf nicht unterzeichnet, auch überhaupt Niemand bevollmächtigt habe, denselben mit meinem Namen zu versehen.“

S. A. Rehan, Langgarten Nr. 115.“

* Der Capitain Grammitz, Führer des hiesigen Dampfschiffes „Memel“ berichtet über den Untergang seines Schiffes: Am 29. Novbr. v. J. verließen wir, von Cardiff nach Barcelona bestimmt, zusammen mit dem Eisinger Schiffe „Nummer 4“, Capitain Haack, mit günstigem Winde die Rbede von Cardiff. Die Reise verlief bis zum 5. Decbr. v. J. Morgens 6 Uhr ohne bemerkenswerthe Zwischenfälle, — als wir an diesem Tage bei hohem Seegang von dem oben erwähnten Schiffe „Nummer 4“, Capitain Haack, in Backbord derartig angefahren wurden, daß an eine Fortsetzung unserer Reise nicht zu denken war, und wir darauf bedacht sein mußten, unser Leben zu bergen. Unsere Böte waren theils durch den Zusammenstoß, theils durch die brechenden und herunterfallenden Stengen und Raaen sämtlich zerbrochen und unbrauchbar geworden, so daß wir allein auf die Hülfe des Capitains Haack angewiesen waren. Ich und die Mannschaft meines Schiffes waren dem Capt. Haack mit Anstrengung aller unserer Kräfte beihilft, sein Schiff von dem Meinen wieder frei zu bekommen, was uns denn auch zuletzt gelang. Capt. Haack gab mir das Versprechen, so wie sein Schiff frei sei, zu helfen und mich mit meiner Mannschaft zu bergen. Um diese Zeit fing der Tag an zu grauen und sah ich dann, daß Capt. Haack, trotz des mir gegebenen Versprechens und trotzdem ich drei Flaggen aufgesetzt hatte, keinerlei Anstalten traf, uns zu retten, sondern seinen Cours auf Ralmouth nahm. Auch nachdem ich noch drei Flaggen aufgesetzt, behielt sein Schiff denselben Cours;

er überließ uns, die, durch seine Schuld in diese Lage gefangen waren, auf dem sinkenden Schiffe unserm Schicksale, und ist zwei Tage später in Ralmouth angelangt. Nachdem die „Nummer 4“ aus Sicht war, wurden unsere Nothsignale von dem inzwischen in Sicht gekommenen französischen Schiffe „Fleur de Marie“, Capt. Coufen, bemerkt, der sofort auf uns zuhielt. Die See ging hoch und das Schiff arbeitete und schlengerie der Art, daß das uns von dem französischen Capitain zur Rettung entgegen gesandte Boot nicht lange Zeit kommen konnte. Wir warfen das Ende der Rettungsleine ins Boot, befestigten das andere um unsern Leib und sprangen darauf einzeln über Bord, um dann ins Boot gezogen zu werden. Da letzteres jedoch nicht groß war, konnten nur 4 Mann in dasselbe aufgenommen und mußten darauf erst an Bord der „Fleur de Marie“ gebracht werden. Das Boot mußte auf diese Art drei Mal zu uns zurückkehren und, obgleich meine gerettete Mannschaft sich gegen Capt. Coufen erbot, selbst mit seinem Boote die an Bord des „Memel“ noch Zurückgebliebenen zu retten, wurde ihnen dies von demselben doch nicht gestattet. Der Steuermann, der sich in jeder Hinsicht durch Umsicht und Muth ausgezeichnet erwies, setzte drei Mal die lebensgefährliche Fahrt mit dem kleinen Boot fort, so daß wir, so hoch die See auch ging, bereits um 1½ Uhr alle an Bord der „Fleur de Marie“ und befannten. Capt. Coufen versah uns sämtlich sofort mit trocknen Kleidern und warmer Speise und auch die übrige Mannschaft seines Schiffes behandelte uns aufs vornehmste, bis zu unserer Ankunft in Cherbourg. Dem Capt. Coufen, wie auch namentlich dem Steuermann Lestève und den beiden Matrosen Malcafi und Soleufe gebührt in jeder Beziehung für ihr ausgezeichnetes Benehmen die höchste Anerkennung — sie werden schon in sich selbst einen schönen Lohn für ihre edle That finden, was ist dagegen von dem Capt. Haack zu halten, in welchem Lichte erscheint er? Ist es nicht Pflicht eines jeden, ein Menschenleben zu retten, wo er hierzu Gelegenheit findet, namentlich des Seemanns, die Unglücklichen, die er auf seinem Wege trifft, zu retten oder doch wenigstens den Versuch zur Bergung zu machen. Namentlich unter diesen Umständen läßt sich nicht das mindeste zu Gunsten des Capt. Haack anführen, der uns auf solche Weise unserm Schicksal überließ. Seinen Richter wird auch er in sich selbst finden, und wünsche ich nur, daß ihm ein gleiches Schicksal, wie mir, nicht beschieden sein möge. Grammitz, Führer des gesunkenen Dampfschiffes „Memel.“

= Die Colleenahme an Grund- und Gebäudesteuer für das verfloßene Jahr 1866 aus der Stadt Danzig beträgt 42 475 Rthl. 3 Gr. 7 A und ist dieser Betrag bis auf den Rest von 46 Rthl. 27 Gr. durch die Zahlungsverpflichteten gedeckt worden.

* Wie wir hören, wird noch in diesem Monate ein außerordentliches Schwurgericht zur Verhandlung der Anklage gegen Mathis, Embacher und Genossen gebildet werden, dem der Appellations-Gerichtsrath Hirschfeld aus Marienwerder vorsitzen soll.

* [Gerichtsverhandlung am 7. Februar.] 1) Der Arbeiter E. Borchert versuchte eines Abends im November pr. in ein Haus in St. Adrecht, in welchem Hochzeit gefeiert wurde, zu dringen und machte dabei so großen Scandal, daß der Schupmann Herrmann es nöthig fand, ihn in Gewahrsam zu nehmen. Während H. diesen nun nach der Wohnung des Polizeiergeanten Paulus transportirte, kam ihnen der Arbeiter J. Kornath entgegen und versuchte es, seinen Freund B. mit Gewalt zu befreien, indem er ihn am Arm faßte und seinen Transport zu verhindern versuchte. Der Gerichtshof bestrafte ihn mit 14 Tagen Gefängnis.

2) Im Laufe des Monats Sept. v. J. sind aus dem dem Militärschen geböhrigen Schuppen auf Bastion Vör durch Einsteigen größerer Quantitäten Blei gestohlen worden. Ein Tag wurden die Diebe bei einem wiederholten Diebstahl erfaßt. Ein Knabe, Robert Szepanski, hatte das Dach des Schuppens erklommen, von dort aus durch eine Luftröhre sich in das Innere des Schuppens herabgelassen und von hier aus das Blei herausgeworfen, welches von den Knaben A. Szepanski, Peters und Kochanowski aufgelesen und in Etanch verpackt, wo bereits eine Quantität von ca. 100 A vorgefunden wurde. Nach dem Geständnis der 4 Knaben haben sie das Blei für ca. 1 Rthl. pro Pfund an die Händler H. Goldschmidt und J. Eisen verkauft. Letztere sind der Hehlerei angeklagt. Die Knaben wurden mit resp. 14 Tagen, 3 Wochen und 4 Wochen Gefängnis bestraft, bezüglich der Hehlerei aber verurtheilt.

3) Als der Fuhrmann Kortholz aus Koebau am 22. Novbr. v. J. die Chaussee von Danzig nach Koebau mit seinem Wagen passirte, wurde er von den Gebrüdern Schramm aus Koebau gebeten, sie auf seinem Wagen mitzunehmen. Er that dies und placirte sie in den hinteren Raum seines Wagens wo sich mehrere von ihm in Danzig eingekaufte Waaren befanden. Diese günstige Gelegenheit ließen die Fahrgäste nicht unbeachtet, sie stahlen dem Kortholz einen Gut Stüber, den sie sofort in einen Chausseegraben warfen und einige andere Waaren, welche sie zusammenbündelten und unter ihren Kleidern verwahrten. Sie sind gefänglich. Der Gerichtshof verurtheilte sie zu resp. 1 Monat und 14 Tagen Gefängnis.

4) Am 9. Novbr. pr. trat der Arbeiter Carl Schulz aus Odra in das Local des Restaurateurs Klatt hieselbst. Er ließ sich ein Seidel Bier reichen, trank dasselbe aus, verstreute das Seidel demnachst unter seinem Rock und entfernte sich sehr eilig. Dieses ganze Manöver hatte der im Local anwesende Polizeiergeant Breholz mit angesehen, wels er dem Diebe nachstellte und dem Klatt zu seinem Eigenthum verhalf. Sch. wurde mit 1 Woche Gefängnis bestraft.

5) Der Arbeiter J. J. Bahn aus Brentau hat geständig am 30. Novbr. pr. von dem Schiffe „Norfolk“ 3 Rhen Weizen gestohlen und wurde wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle mit 6 Monaten Gefängnis und Polzeiaufsicht bestraft.

* [Traject über die Weichsel.] Bei Terespol-Gulm unterbrochen, starker Eisgang; bei Warlubien-Graben unterbrochen; bei Czerwin-Marienwerder unterbrochen, starker Eisgang.

17) Verent, 7. Febr. In den in voriger Woche hier abgehaltenen Vorversammlungen sind als Candidaten zum Reichstage von der liberalen und conservativen Seite der Dompfist Dr. Herzog in Pelsin und politischer Seite der Landrath v. Jachowski in Eupinen aufgestellt. — Von dem Minister für Handel und öffentliche Arbeiten ist die Anlage einer Telegraphen-Anschlußstation für Verent in den Plan über die zunächst herzustellenden Telegraphen-neubauten aufgenommen und soll die Ausführung, wenn möglich, noch im laufenden Jahre bewirkt werden. Die Heranziehung der Stadt Schoenel in das Telegraphennetz ist einer späteren Zeit vorbehalten worden.

+ Marienwerder, 7. Febr. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde am Montag Hr. Rechts-Anwalt Baumann als Rathsherr eingeführt und verpflichtet. — Seit gestern haben wir auf der Weichsel Eisgang. Das Eis setzte sich früh Morgens bei 10 Fuß Wasserstand in Bewegung und der Strom war so reißend, daß den ganzen Tag über kein Traject stattfinden konnte, so daß Personen und Güter nur über Marienburg hierher befördert wurden. Die sich an den Berliner Courierzug in Czerwin anschließende Post ist dagegen heute schon wieder hier eingetroffen.

Graudenz, 6. Febr. (G.) Vorgestern Abend begann auch bei uns der Eisgang der Weichsel. Mit Unterbrechungen kamen bedeutende Massen Eises herunter, das Wasser, welches bis auf 12' 8" gestiegen war, ist wieder auf 9' 6" gefallen. Der Postenlauf wurde heute unterbrochen, und wir entbehren bis zur Stunde sämtlicher Abendzeitungen von gestern, die mathematisch erst in nächster Nacht über Thorn eintreffen werden.

In Warschau ist der Wasserstand heute 10' 3"

T. Calmssee, 5. Febr. Seit dem 15. Januar c. liegt uns der Geschäftsbericht pro 1866 unserer Credit-Gesellschaft C. G. Hirschfeld u. Comp. vor. Wie nöthig ein solches Institut gerade hier am Orte war, und wie segensreich es bereits gewirkt, geht aus dem Berichte hervor; und daß wir auch nicht den kleinsten Verlust trotz des bewegten Jahres zu beklagen haben, haben wir der umsicht-

